

## Einzelbewertungen DIHK-Aufschwungindex 2. Quartal 2010

Themenfeld	Maßnahme	Bewertung	Begründung (basierend auf den Wirtschaftspolitischen Positionen)
Arbeit & Soziales	Änderungsgesetz zum Sozialgesetzbuch IV	-5	Das Verfahren zur Festsetzung des Insolvenzgeldumlagesatzes wird entgegen dem ursprünglichen Gesetzentwurf nicht geändert. Damit wäre eine Flexibilisierung des Umlagesatzes möglich gewesen, so dass die Lohnzusatzkosten nicht gerade bei schwieriger Wirtschaftslage steigen. Der hohe Umlagesatz bedeutet höhere Lohnzusatzkosten und wirkt damit negativ auf das betriebliche Einstellungsverhalten. Gerade im Aufschwung ist dies eine Hypothek für mehr Beschäftigung.
	Beschäftigungschancengesetz	+10	Das Beschäftigungschancengesetz beinhaltet u.a. die Verlängerung der befristeten Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld bis zum 31.03.2012 (z.B. Entlastung der Unternehmen bei den Sozialversicherungsabgaben). Trotz der konjunkturellen Erholung gibt es Unternehmen und Branchen, die erst spät von der Krise betroffen sind. Durch die Verlängerung der Maßnahmen gelten auch für diese nahezu die gleichen Unterstützungsmöglichkeiten bei der Beschäftigungssicherung. Weitere Maßnahme des Gesetzes ist die Fortführung der Möglichkeit für arbeitslose Existenzgründer zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung. Grundsätzlich ist die Versicherung Selbstständiger in der auf Arbeitnehmer zugeschnittenen Arbeitslosenversicherung kritisch zu sehen: Zum einem könnte dies ein erster Schritt in Richtung Zwangsversicherung für Selbstständige in der Arbeitslosenversicherung sein. Zum anderen besteht für Selbstständige eher die Gelegenheit, den Versicherungsfall herbeizuführen und damit die Versichertengemeinschaft zu belasten. Positiv fällt immerhin ins Gewicht, dass in der Krise arbeitslos gewordene Beschäftigte in der noch immer schwierigen Situation weiter die Möglichkeit haben, eine betriebliche Existenz zu gründen, ohne dass beim Scheitern das Risiko eines Totalverlustes sämtlicher Ersparnisse besteht.

## Einzelbewertungen DIHK-Aufschwungindex 2. Quartal 2010

Themenfeld	Maßnahme	Bewertung	Begründung (basierend auf den Wirtschaftspolitischen Positionen)
	Mindestlohn in der Pflegebranche	-10	Für ca. 800.000 Beschäftigte der Pflegebranche soll ein Mindestlohn eingeführt werden. Auf eine entsprechende Empfehlung hat sich die Pflegekommission, die sich im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums konstituiert hat, geeinigt. Aus Sicht des DIHK gefährden Mindestlöhne Beschäftigungspotenziale und befördern die Schwarzarbeit, weil sie die Arbeitskosten in den Betrieben erhöhen. Gerade für Geringqualifizierte erschweren sie häufig den Einstieg in Arbeit.
	Grundgesetzänderung und Jobcenterreform	+10	Mit der Jobcenterreform kann die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen im Rahmen der Grundsicherung weitergeführt werden, die das Bundesverfassungsgericht als unzulässige Mischverwaltung beanstandet hatte. Leistungserbringung aus einer Hand ist weiter möglich. Zudem wurde eine Ausweitung der Optionskommunen beschlossen, die die Leistungen in Eigenregie erbringen (maximal 110 statt bislang 69). Das Gesetz sieht zudem einen bundeseinheitlichen Kennzahlenvergleich sowie Zielvereinbarungssysteme vor. Hierdurch lassen sich Effizienzpotenziale heben.
	Rentengarantie greift 2010 zum ersten Mal, gesetzliche Rentenversicherung muss auf Reserven zurückgreifen	-15	Die Rentensystematik sieht vor, dass sich die Rentenzahlung an der Lohnentwicklung orientiert. Eine Entkopplung führt zu steigenden Belastungen der Beitragszahler und künftigen Generationen und destabilisiert die Rentenversicherung. Es ist bereits absehbar, dass der Beitragssatz nicht wie geplant 2014 von 19,9 auf 19,8% sinken kann.
<b>Summe</b>		<b>-10</b>	

## Einzelbewertungen DIHK-Aufschwungindex 2. Quartal 2010

Themenfeld	Maßnahme	Bewertung	Begründung (basierend auf den Wirtschaftspolitischen Positionen)
<b>Innovation &amp; Bildung</b>	Aufstockung der Mittel für den Europäischen Investitionsfonds (EIF) und das ERP-Sondervermögen von 500 Mio. auf 1 Mrd. Euro. Beide beteiligen sich an Wagniskapitalfonds, die in die Früh- und Wachstumsphase überwiegend von deutschen Unternehmen investieren.	+5	Der deutsche Beteiligungskapitalmarkt für Frühphasenfinanzierungen ist deutlich unterentwickelt. In der Folge finden hierzulande im Technologiebereich drastisch weniger Gründungen statt als anderswo – sogar mit abnehmender Tendenz. Die Verdopplung des ERP/EIF-Dachfonds wirkt dem entgegen. Allerdings kann sie das Fehlen eines Wagniskapitalgesetzes in Deutschland nicht ersetzen, das Rechtssicherheit insbesondere in Fragen der Besteuerung brächte.
	Qualifizierungsinitiative für Deutschland	-10	Bund und Länder konnten sich auch auf dem dritten Bildungsgipfel am 10. Juni nicht darauf verständigen, wie man das Ziel gemeinsam erreichen möchte, die Bildungsausgaben bis 2010 auf 7% des BIP zu erhöhen. Der Bund ist bereit, die Länder finanziell zu unterstützen, möchte aber bei der Verwendung der Mittel mitreden. Die Länder lehnen dies aufgrund ihrer Zuständigkeit im Bildungsbereich ab und fordern ihrerseits zusätzliche Umsatzsteuerpunkte vom Bund. Die Uneinigkeit von Bund und Ländern bremst die Umsetzung sinnvoller Maßnahmen, auch zur Verbesserung der Berufsbildung. Immerhin befördert sie die Debatte um Sinn und Unsinn des Föderalismus im Bildungsbereich.
	BAföG-Erhöhung und Stipendienprogramm	+5	Das Bundeskabinett hat im April die Erhöhung des BAföG sowie die Einführung eines nationalen Stipendienprogramms beschlossen. Damit begibt sich die Bundesregierung auf einen zukunftstauglichen Weg der Studienfinanzierung – trotz Schwierigkeiten bei der Ausgestaltung. Das kann die

## Einzelbewertungen DIHK-Aufschwungindex 2. Quartal 2010

Themenfeld	Maßnahme	Bewertung	Begründung (basierend auf den Wirtschaftspolitischen Positionen)
			Folgen des demografischen Wandels und den Fachkräftemangel lindern, unter denen schon heute viele Betriebe leiden. Herausforderung bleibt die Zusammenarbeit mit den Ländern: Der Bundesrat hat Anfang Juni beide Entwürfe zunächst befürwortet, z. T. mit Änderungsvorschlägen. Angesichts der Diskussion um die Erhöhung der Bildungsausgaben ist zu befürchten, dass das Stipendienprogramm die Länderkammer nicht passieren wird.
<b>Summe</b>		<b>0</b>	
<b>Steuern &amp; Finanzen</b>	Sparpaket	+10	Das Sparpaket ist ein im Kern ausgewogenes Konzept zur notwendigen Haushaltskonsolidierung, das von allen gesellschaftlichen Gruppen einen Beitrag fordert. Auch verschiedene Bereiche der Wirtschaft sind spürbar betroffen. Gut ist, dass auf Einsparungen im Bereich der Bildung verzichtet wird – denn Bildung ist die Basis unseres Wohlstands.
	Gesetz zur Umsetzung steuerrechtlicher EU-Vorgaben sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften (EU-RL-UmsG)	+5	Die Gleichbehandlung von gewerblichen Anbietern und der Deutsche Post AG verbessert die Wettbewerbsbedingungen. Positiv ist auch die Entschärfung der Besteuerung von Funktionsverlagerungen. Die Besteuerung von Funktionsverlagerungen stellt aber weiterhin einen nationalen Alleingang der Bundesregierung dar, der international unüblich ist, zu Doppelbesteuerungen führen kann und erhebliches Streitpotential liefert. Besser wäre es gewesen, wenn der Gesetzgeber die diesbezüglich laufenden Arbeiten auf OECD-Ebene abgewartet hätte und eine international abgestimmte Regelung einführen würde. Die Verkürzung der Abgabefrist für Meldungen internationaler Geschäfte von quartalsweiser auf monatliche Abgabe verdreifacht den jährlichen Aufwand für die Wirtschaft, ohne das Ziel der Betrugsbekämpfung zu erfüllen.
<b>Summe</b>		<b>+15</b>	

## Einzelbewertungen DIHK-Aufschwungindex 2. Quartal 2010

Themenfeld	Maßnahme	Bewertung	Begründung (basierend auf den Wirtschaftspolitischen Positionen)
<b>Finanzierung</b>	Start des Kreditmediators	+10	Der Kreditmediator bietet Unternehmen eine weitere Chance ihre Finanzierungsprobleme zu lösen, indem er sich gemeinsam mit Unternehmen und Bank an einen Tisch setzt. Gerade mit der deutlich besseren Auftragslage und der steigenden Investitionsneigung nimmt die Kreditnachfrage zu – und dabei besteht die Gefahr, dass die Finanzierung im Aufschwung zum Engpass wird.
	Verbot ungedeckter Leerverkäufe	-5	Nationale Alleingänge schaden dem Finanzplatz Deutschland und fördern Wettbewerbsverzerrungen. Zudem ist fraglich, ob der Handel mit ungedeckten Leerverkäufen wesentliche Ursache der Finanzkrise war. Die Ursachen liegen vielmehr in der jahrelangen Missachtung der Grundregeln einer soliden Haushaltspolitik.
	Euro-Rettungspaket	+5	Das Paket war alternativlos, andernfalls wäre es zu weiteren Turbulenzen auf den Finanzmärkten mit Auswirkung auf die Kreditvergabe gekommen. Allerdings gehört zur langfristigen Stabilisierung des Euros eine Schärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts mit raschen und automatischen Sanktionen für „Schuldensünder“.
<b>Summe</b>		<b>+10</b>	



## Einzelbewertungen DIHK-Aufschwungindex 2. Quartal 2010

Themenfeld	Maßnahme	Bewertung	Begründung (basierend auf den Wirtschaftspolitischen Positionen)
<b>Internationales</b>	keine bewertete Maßnahme		
<b>Existenzgründung</b>	keine bewertete Maßnahme		
<b>Bürokratieabbau</b>	keine bewertete Maßnahme		
<b>Umwelt &amp; Energie</b>	keine bewertete Maßnahme		
<b>Gesamtsumme</b>		<b>+15</b>	